

Ausblick auf Bern

Heute beginnt in Bern die erste Session des Jahres 2024. Fünf Parlamentsmitglieder aus dem Kanton Luzern schreiben darüber, was sie in den kommenden drei Wochen erwartet.

Andrea Gmür-Schönenberger, Ständerätin Mitte

Individualbesteuerung schafft Ungerechtigkeiten

Der Bundesrat hat letzte Woche seinen Vorschlag zur Einführung der Individualbesteuerung vorgelegt. Im Ständerat werden wir eine Luzerner Standesinitiative dazu beraten. Dies lehne ich ab, denn die Individualbesteuerung führt nicht zu mehr Gleichstellung, sondern schafft neue Ungerechtigkeiten. So würden Einverdiener- oder Zweiverdienerpaare mit deutlich verschiedenen Einkommen im Vergleich zu solchen mit gleich hohem Einkommen wegen der Progression viel stärker belastet. Das ist unfair.

Zudem wäre der administrative Mehraufwand mit rund 1,8 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen immens. Verheira-

tete Paare hätten künftig nicht mehr nur eine, sondern zwei Steuererklärungen auszufüllen. Weiter müssten unzählige steuerliche Abzüge, die bei einem Ehepaar für die Wirtschaftsgemeinschaft gelten, aufgetrennt werden. Wenn einer der beiden wenig oder gar nichts verdient, würden diese Steuerabzüge nichts bringen. Folglich würden sie immer beim grösseren Einkommen abgezogen. Das gäbe klar Fehlanreize.

Fast alle Kantone lehnen die Individualbesteuerung ab. Abgesehen davon wurde mit dem klaren Ja zur «Ehe für alle» die zivilrechtliche Ehe gestärkt. Sie wird als Gemeinschaft von zwei

Eheleuten definiert, die persönlich, rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden sind. Daran geknüpft sind gegenseitige Unterstützungsleistungen oder die Vorsorge. Die Individualbesteuerung wäre eine Abkehr von dieser Gemeinschaft. Solidarität und Verantwortung sind aber noch heute wichtige gesellschaftliche Werte, zu denen wir Sorge tragen müssen.



Franz Grüter, Nationalrat SVP

Wichtiger Schritt für Durchgangsbahnhof Luzern

Positive Signale für die Luzerner Bahninfrastruktur und den Durchgangsbahnhof: Der Bahnhof Ebikon soll auf vier Gleise (statt nur zwei) ausgebaut werden. Das Projekt soll vorgezogen und in einer einzigen Bauetappe realisiert werden. Dafür hat der Ständerat in der Winteression zusätzlich 100 Millionen gesprochen. Das Geschäft kommt nun zu uns in den Nationalrat.

Die Chancen stehen gut, dass auch die grosse Kammer zustimmt. Das Projekt ist wichtig für die Bahninfrastruktur in der Zentralschweiz. Der Ausbau des Bahnhofs Ebikon verbessert die Verbindungen nach Rot-

kreuz und sorgt für mehr Stabilität beim Fahrplan – also für weniger Verspätungen. Vor allem aber ist der Kapazitätsausbau in Ebikon eine entscheidende Voraussetzung für das wichtigste Infrastrukturprojekt der Zentralschweiz: den Durchgangsbahnhof Luzern.

Dann möchte ich noch auf ein zweites Geschäft hinweisen. Wir befinden uns in der Schlussphase des CO₂-Gesetzes. Hier wollten die linksgrünen Parteien einmal mehr die Autofahrer und das Gewerbe melken. Der SVP ist es in der Kommission gelungen, die weitere Verteuerung von Treibstoffen aus dem Gesetz herauszustreichen. Die hö-

heren Energiepreise und Lebenshaltungskosten würden insbesondere die Familienhaushalte, das Gewerbe und die ländliche Bevölkerung treffen. Also jene, die auf ein Auto angewiesen sind. Wenn FDP und Mitte mitmachen, können wir diese Mehrbelastung bodigen.



Pius Kaufmann, Nationalrat Mitte

Bahninfrastrukturfonds: Willkommene Aufstockung

In der Frühjahrssession behandeln wir im Nationalrat die Botschaft zum Stand und zu den Änderungen der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur. Für den langfristigen Ausbau der Bahn hat der Bundesrat zudem die «Perspektive Bahn 2050» verabschiedet. Der Ausbau soll zusätzlich zu den gesprochenen Krediten 2,6 Milliarden Franken aus dem Bahninfrastrukturfonds erhalten. Die Investitionen bis 2035 in den Ausbau des Bahnnetzes belaufen sich auf 27 Milliarden Franken.

Die Finanzkommission, welcher ich angehöre, begrüsst die Aufstockung aus dem Bahn-

infrastrukturfonds. Im Rahmen der Planungen für den Durchgangsbahnhof Luzern wurden verschiedene Massnahmen ins Ausbauprogramm aufgenommen, die für die spätere Realisierung des Durchgangsbahnhofs wichtig sind. Namentlich der Zusatzkredit für den Zimmerberg-Basistunnel 2 und der Ausbau des Bahnhofs Ebikon auf vier Gleise. Über die nächsten Ausbauschritte ab 2035 wird uns der Bundesrat im Jahr 2026 die Botschaft vorlegen, in welcher der Durchgangsbahnhof Luzern als Gesamtprojekt beschrieben und mit dem Tiefbahnhof mit Dreilindentunnel ein erster Teil der Realisierung

finanziert werden soll. Die Finanzierung des Neustadtunnels als zweiter Teil folgt mit der Botschaft 2030. Als Mitglied des Ausschusses «Zentralschweizer Komitee Durchgangsbahnhof Luzern» engagiere ich mich seit Beginn an für dieses wichtige Zentralschweizer Projekt.



Hasan Candan, Nationalrat SP

Armee braucht Sachlichkeit statt Polemik

Die Bundesgarantien für Pflichtlager stellen die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicher. Dieses unscheinbare Geschäft erhält aufgrund des Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine und der geopolitischen Entwicklungen eine besondere Bedeutung, die Sicherheitspolitik gewinnt stark an Aufmerksamkeit. Dies wurde in den letzten Wochen mit den Diskussionen rund um die Armee deutlich.

Alles nahm seinen Lauf mit der Absage diverser Grossanlässe, unter anderem jener von «Air Spirit 24» in Emmen, und pifelte in einem medialen Auf-

und Ab über Zustand und Finanzen der Armee – schlussendlich ein Sturm im Wasserglas. Bundespräsidentin Amherd und Korpskommandant Süssli stehen stark in der Kritik. Die Armee hat kein Finanzproblem, aber nach dieser möglichen Inszenierung beim Ringen um die knappen Bundesfinanzen nun ein Kommunikations-, Vertrauens- und Reputationsproblem.

Die Sicherheit der Bevölkerung ist ein kostbares Gut. Amherd und Süssli stehen in der Verantwortung, dass nach den Wirrungen Ruhe einkehrt. Anstatt Polemik und Angstmacherei braucht es Sachlichkeit in

den Diskussionen und den Fokus auf den Verfassungsauftrag der Armee. Denn gemäss Art. 58 Abs. 2 BV trägt die Armee zur Erhaltung des Friedens bei, schützt das Land und seine Bevölkerung und unterstützt zivile Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit.



Peter Schilliger, Nationalrat FDP

Wichtige Session für Mobilität und Energie

In dieser Session debattiert der Ständerat über meine Motion zum Erhalt von Tempo 50 auf verkehrsorientierten Strassen. Im Nationalrat wurde diese mit 102 Ja-Stimmen überwiesen. Grundsätzlich gilt innerorts eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Doch in vielen Städten entstehen immer öfter flächendeckende Tempo-30-Zonen.

Die Folge ist ein Kapazitätsverlust und immer öfter ein Ausweichverkehr in die Wohnquartiere. Die Hierarchie im Strassennetz muss gewährleistet bleiben. Das sieht auch die zuständige Kommission des

Ständerates so. Die Kommission hat sich mit meiner Verkehrsvorlage befasst und beantragt, die Motion ebenfalls anzunehmen.

Mit Anreizen statt Verboten kommt auch die Differenzbereinigung des CO₂-Gesetzes in die Schlussphase. Bis zu einem Drittel der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe sollen in das Gebäudeprogramm, die Förderung von erneuerbarer Energie und in Technologien zur Verminderung der Treibhausgase fliessen. Im Gebäudesektor begrüsse ich sehr, dass das Gebäudeprogramm weitergeführt wird, um weiterhin den Ersatz

von fossil betriebenen Heizungen zu fördern. Das ist nachhaltige Energiepolitik.

